

BBW *Magazin*

11

November 2016 ■ 68. Jahrgang



Monatszeitschrift
BBW –
Beamtenbund
Tarifunion

Der Druck steigt kontinuierlich:

Beamten- sonderopfer stoppen

Seite 4 <

Mit deutlichen
Worten Position
bezogen



BBW Beamtenbund Tarifunion

Als eigenständige Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland betreibt der dbb beamtenbund und tarifunion und mit ihm in Baden-Württemberg der BBW eine gezielte Berufspolitik für den öffentlichen Dienst.

Die an den Problemen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgerichtete Interessenvertretung ist nicht nur für diese selbst unverzichtbar: Sie nützt zugleich den Bürgerinnen und Bürgern und trägt zur Lösung staatlicher und gesellschaftspolitischer Probleme aus der unverfälschten Erfahrung und Interessenlage der im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen bei.

Die alle Sparten und Funktionen des öffentlichen Dienstes berücksichtigende Mitgliederstruktur des Beamtenbundes und sein demokratischer Aufbau garantieren, dass auch in Zeiten wachsender Gleichgültigkeit gegenüber Aufgaben, Struktur und Funktion des öffentlichen Dienstes bei politischen und gesellschaftlichen Instanzen sachverständige und engagierte Interessenvertretung geleistet wird.

Solidarisch ■ kompetent ■ erfolgreich!

Am Hohengeren 12 • 70188 Stuttgart
Telefon 07 11/1 68 76-0 • Telefax 07 11/1 68 76-76
Internet: www.bbw.dbb.de • E-Mail: bbw@bbw.dbb.de

> Editorial

*Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,*

noch immer warten die Beamtinnen und Beamten im Land auf perspektivische Aussagen. Hatte nicht die CDU vor der Landtagswahl angekündigt, die abgesenkte Eingangsbesoldung rasch, gegebenenfalls in wenigen Schritten, wieder zurückzunehmen? Wurde nicht ein Ende der Beamtenopfer zugesagt? Oder gar eine verlässliche Perspektive für die gesamte Laufzeit der Koalition?

Was ist daraus geworden? Ankündigungen, dass bei den Kommunalzuweisungen und bei den Beamtinnen und Beamten gespart werden müsse, während ansonsten das Geld fließt. Es wurden gar „Beamten-Folterinstrumente“ aufgezeigt, vom Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter, dem Innenminister. Inzwischen ist es still geworden. Ist dies die Ruhe vor dem Sturm? Nicht vor der nächsten Tarifrunde TV-L im März 2017, nein, zu befürchten ist, vor, nein, nach der Bundestagswahl 2017. Vieles deutet darauf hin.

Zurück zu unserer Arbeit. Der dbb hat gemeinsam mit dem BBW den Tarifvertrag zur Altersteilzeit für Schwerbehinderte unterzeichnet und damit verlängert. Ich bin überzeugt, dies ist ein Erfolg im Sinne der betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Damit werden Tarifbeschäftigte

und Beamte „gleich“ behandelt. An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank meiner Stellvertreterin Dorothea Faisst-Steigleder und dem stellvertretenden dbb Vorsitzenden Willi Russ mit der dbb Tarifabteilung. Nur durch ihr hartnäckiges Einfordern und durch Überzeugungsarbeit ist die Fortführung gelungen. Zu bedauern ist, dass die gewerkschaftliche Konkurrenz sich aus prinzipiellen Gründen hier verweigert hat. Es stimmt, „Altersteilzeit für alle“ bleibt ein zentrales Ziel auch des BBW. Wenn jedoch gesellschaftliche Entwicklungen dem entgegenstehen und verhindern, so sollten zumindest die Kolleginnen und Kollegen davon profitieren, deren berufliche Leistungsfähigkeit tagtäglich unter Beweis gestellt werden muss und die mit oftmals extremen Einschränkungen leben müssen. Dem BBW geht es hier um die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ... und nicht ums Prinzip!

Ein anderes Thema. Selbst das diesjährige Pressefest stand unter der übergeordneten Frage, wie hat das Land, wie haben die Beschäftigten den Flüchtlingszustrom bewältigt. Hermann Schröder, ehemaliger Landesbranddirektor und inzwischen Ministerialdirigent im Innenministerium, ging in seinen Ausführungen beim Pressefest überzeugend und mitreißend auf die Fragen, Abläufe und notwendigen organisatorischen Folgerungen ein. Die politischen Gäste und Pressevertreter hatten plastisch vor Augen, was die Stärke des öffentlichen Dienstes und der vielen Tausend Ehrenamtlichen ausmacht: grenzenloses Engagement gepaart mit innerer Überzeugung, in funktionierenden Verwaltungsstrukturen. Herr Schröder zeigte da-



rüber hinaus auf, wie zentral und unersetzbar die Regierungspräsidenten im Land waren und sind.

Der BBW hat seine Gespräche in der Flüchtlingsfrage fortgesetzt: mit Sozialminister Manfred Lucha und dem Landrat Dr. Christoph Schnaudigel. Der Minister sieht die Nachwuchsfrage für den öffentlichen Dienst noch nicht problematisch, betont aber die große Herausforderung angesichts der anstehenden dauerhaften Unterbringung und Integration der Menschen, die im Land bleiben dürfen.

Landrat Dr. Schnaudigel hingegen reiht sich in den Chor aller bisherigen Gesprächspartner aus Landkreisen, Städten und Gemeinden ein: Er sieht sehr wohl die drohende Lücke bei der Nachwuchsgewinnung, wenn er feststellt: „Wir haben bei Führungskräften ein Bezahlungsproblem.“

Dessen sollte sich die grün-schwarze Koalition bewusst werden. Meine Hoffnung auf politische Einsicht stirbt zuletzt.

Mit kollegialen Grüßen

Volker Stich
Ihr Volker Stich

In dieser Ausgabe

BBW-Chef beim Landesvertretertag des Seniorenverbands	4
Gedankenaustausch mit Sozialminister Lucha zur Flüchtlingsproblematik	5
Leiter der Abteilung „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ beim Pressefest	6
Wir haben bei Führungskräften ein Bezahlungsproblem	9
Altersteilzeit für Schwerbehinderte verlängert	10
Meinungsaustausch zwischen DHV Baden-Württemberg und BBW fortgesetzt	10
Alle fünf Jahre turnusmäßige Versorgungsauskunft	11
Landesseniorentagung wählt neuen Vorsitzenden	12
Empfang für den ehemaligen BBW-Vize Dr. Rainer Ullrich	13
Stabwechsel von Berberich zu Futter vollzogen	13
Seminarangebote im Jahr 2017	14

> Impressum

Herausgeber: Beamtenbund Baden-Württemberg, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart.
Vorsitzender: Volker Stich, Heidelberg. **Stellvertretende Vorsitzende:** Gerhard Brand, Murrhardt; Dorothea Faisst-Steigleder, Heidenheim; Waldemar Futter, Mössingen; Michaela Gebele, Karlsruhe; Joachim Lautensack, Bruchsal; Kai Rosenberger, Rottweil.
Schriftleitung: „BBW Magazin“: Volker Stich, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Redaktion:** Heike Eichmeier, Stuttgart.
Landesgeschäftsstelle: Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Telefon:** 0711.16876-0. **Telefax:** 0711.16876-76. **E-Mail:** bbw@bbw.dbb.de.
Postanschrift: Postfach 10 06 33, 70005 Stuttgart.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder des Beamtenbundes Baden-Württemberg ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren. Der Bezugspreis für das Einzelheft 2,- Euro zuzüglich Postgebühren. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de.
Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Versandort: Geldern.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Layout: Dominik Allartz, FDS, Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, **Anzeigentarif** Nr. 33, gültig ab 1.10.2015. Druckauflage: 50 000 (IVW 2/2016).

ISSN 1437-9856



BBW-Chef beim Landesvertretertag des Seniorenverbands

Mit deutlichen Worten Position bezogen

Keine Kürzung bei Beamten im Südwesten – von wegen. Die gute Nachricht der Südwest Presse hielt sich nur einen Tag. Beim Landesvertretertag des Seniorenverbands ö. D. BW in Karlsruhe räumte BBW-Chef Volker Stich mit der verheißungsvollen Ankündigung der Ulmer Zeitung gründlich auf. An der Meldung sei nichts dran, versicherte Stich den Delegierten. Nachfragen des BBW im Finanzministerium und bei den Regierungsfractionen hätten dies ergeben. Ähnlich äußerte sich Stich eine Woche später vor dem Landesvorstand des BBW.

Die Südwest Presse hingegen hatte am 11. Oktober verbreitet, entgegen ersten Planungen wolle die grün-schwarze Landesregierung im kommenden Jahr darauf verzichten, bei den Landesbeamten den Rotstift anzusetzen.

Das Blatt berief sich dabei auf Aussagen der finanzpolitischen Sprecher von Grünen und CDU, Thekla Walker und Tobias Wald, bei einer Podiumsdiskussion der Deutschen Steuer-Gewerkschaft am 10. Oktober 2016 in Stuttgart.

„Die Botschaft hör’ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Dieser Satz aus Goethes Faust mag am 11. Oktober so manchem Leser der Südwest Presse durch den Kopf gegangen sein, als er die Nachricht vom Verzicht der Landesregierung auf Beamten Sparopfer las.

Die Zweifel waren angebracht. Was stattdessen nach wie vor Sache ist, rückte BBW-Chef Stich erstmals vor den Delegierten des Landesvertretertags des Seniorenverbands ins rechte Licht. Noch hätten weder Regierungsvertreter noch Vertreter der Regierungsfractionen von Bündnisgrünen und CDU gegenüber dem BBW konkrete Sparpläne auf den Tisch gelegt.

Ein Gespräch mit Staatsminister Murawski sei erst für



> BBW-Chef Volker Stich beim Landesvertretertag des Seniorenverbands ö. D. BW in Karlsruhe.

November terminiert. Entsprechend gelte bis dahin, was an Sparplänen bisher im Raum stehe. Demnach soll der öffentliche Dienst dreistellige Millionenbeträge zur Konsolidierung des Haushalts beitragen.

An der Basis ist der Ärger groß, dass in den zurückliegenden Jahren Grün-Rot die Beamten und Versorgungsempfänger wiederholt zur Konsolidierung des Haushalts zur Kasse gebeten hat. Dass jetzt auch die grün-schwarze Landesregierung mit Beamtenopfern liebäugelt, sorgt bei vielen für noch mehr Empörung. Dafür spricht auch die Resolution, mit der die Delegierten des Landesvertretertags gegen weitere Sonderopfer im Beamten- und Versorgungsbereich protestieren. BBW-Chef Stich teilt den Ärger vieler Beamten

und Versorgungsempfänger. Doch er sieht die Angelegenheit insgesamt differenzierter. Er habe im Vorfeld der Landtagswahlen immer wieder darauf hingewiesen, dass eine schwarz-grüne Landesregierung – an Grün-Schwarz habe man zu diesem Zeitpunkt nicht gedacht – die schlechteste Konstellation für die Interessen der Beamten und Versorgungsempfänger sei.

Grün-Rot habe fünf Jahre regiert und fünf Sparpakete zu Lasten der Beamten und Pensionäre auf den Weg gebracht, und auch die CDU habe immer wieder im Beamten- und Versorgungsbereich den Rotstift angesetzt, begründete Stich in Karlsruhe seine wahren Worte aus den ersten Wochen des Jahres 2016. Dennoch hätten 33 Prozent der Beamten die Grünen gewählt und 30

Prozent die CDU, jeweils drei Prozent über dem Wahlergebnis. Sie alle hätten jetzt ihre Wunschkoalition und der BBW die Aufgabe, Möglichkeiten auszuloten, um drohende Sparmaßnahmen zumindest abzumildern. „Dafür haben wir die Weichen gestellt“, versicherte Stich den Delegierten des Seniorenverbands.

Ein wichtiger Baustein zur Abwehr struktureller Eingriffe in die Besoldung und Versorgung ist die Expertise, die der BBW – auch mit finanzieller Unterstützung des Seniorenverbands – bei der Staats- und Finanzwissenschaftlerin Professor Dr. Gisela Färber von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer in Auftrag gegeben hat. Beim BBW rechnet man damit, dass diese Untersuchung Anfang kommenden Jahres vorliege, sagte Stich in Karlsruhe und erläuterte: Sinn und Zweck dieser Untersuchung sei es, Parameter zu fixieren, die anzeigen, bei welchen Sparmaßnahmen die Verfassungsmäßigkeit von Besoldung und Versorgung noch gegeben ist beziehungsweise wann dies nicht mehr der Fall ist.

Zur Abmilderung eventueller anderer Sparmaßnahmen – beispielsweise eine erneute Verschiebung der Anpassung von Besoldung und Versorgung – setzt der BBW-Chef auf den Dialog mit der Landesregierung. Schließlich hätten ihm sowohl Ministerpräsident Winfried Kretschmann wie auch Innenminister Thomas Strobl zugesagt, den BBW im Vorfeld von Entscheidungen einzubeziehen, soweit diese den öffentlichen Dienst, insbesondere den Beamten- und Versorgungsbereich betreffen.

Gedankenaustausch mit Sozialminister Lucha zur Flüchtlingsproblematik

Im Fokus: Der öffentliche Dienst und die Mammutaufgabe Integration

Der Flüchtlingszustrom ist abgeebbt, viele Unterkünfte in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sind verwaist. Probleme mit der Registrierung, Unterbringung und Verpflegung von Asylsuchenden gehören der Vergangenheit an. Jetzt geht es um die Integration derer, die im Land bleiben dürfen. Schaltstelle für diese Aufgabe ist das Sozialministerium.

Im Gespräch mit Spitzenvertretern des BBW erläuterte Sozialminister Manfred Lucha im Oktober 2016, wo die Zuständigkeit seines Hauses beginnt und was man sich vorgenommen hat, um den Menschen Schritt für Schritt den Weg in die neue Heimat zu ebnet. „Ab dem Zeitpunkt, in dem die Geflüchteten eine Bleibeperspektive haben, sind wir für sie zuständig“, verdeutlichte Lucha den vom Land eingeschlagenen Weg bei der Versorgung und Integration der Flüchtlinge. Ziel sei eine zweistufige Versorgung, wonach möglichst nur die Menschen in die Fläche kommen sollen, die auch hier bleiben dürfen.

Voll Anerkennung sprach der Minister von den Beschäftigten und den vielen Ehrenamtlichen, die im vergangenen Jahr und auch noch in den ersten Monaten dieses Jahres zur Bewältigung der Flüchtlingskrise bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen seien. Die unteren Erstaufnahmebehörden seien bis April 2016 kontinuierlich aufgestockt worden, sagte Lucha. Jetzt gebe es dort Entspannung. Rückblickend erinnerte der Minister daran, dass es im Jahr 2015 mehr als 100 000 Geflüchtete in Erstaufnahme gegeben habe, 80 000 davon seien in den Landkreisen angekommen. Nach ihrer Anerkennung als Asylsuchende habe man sie in die Gemeinden verteilt. Entsprechend soll der Personalbedarf nun auf die Kommunen

umgebrochen werden, erläuterte Lucha. Deshalb sei er derzeit dabei, einen Pakt für Integration mit den Kommunen zu verhandeln.

Die Frage von BBW-Chef Volker Stich, ob es im Zusammenhang mit der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge ähnliche Probleme gegeben habe wie in den Gesundheitsämtern, die kaum Ärzte finden können, weil die Behörde ärztliches Personal schlechter bezahlt als Kliniken, verneinte der Minister und führende Beamte seines Hauses unisono. Christine Engelhardt (Leiterin des Referats Haushalt, Controlling) erklärte, es hätte 29 zusätzliche Arztstellen gegeben, die gut besetzt werden konnten.

Ministerialdirigent Schumacher (Leiter der Abteilung 1 Innerer Service, Europa) ergänzte, im Wesentlichen hätten sich Frauen beworben; die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei eindeutiges Plus bei der Stellenbesetzung. Zudem würden nun Kurse an den Hochschulen angeboten, um den öffentlichen Gesundheitsdienst mit seinen Aufgaben bekannt zu machen.

Minister Lucha bekräftigte: Die Attraktivität des öffentlichen Gesundheitsdienstes sei aus seiner Sicht durch das Gesundheitsdienstgesetz (ÖGDG) und das Landesgesundheitsgesetz (LGG) mit Gesundheitskonferenzen et cetera gesteigert worden. Zurückkommend zur

medizinischen Versorgung der Flüchtlinge wies er darauf hin, dass er sich für eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge ausgesprochen habe, die nicht gekommen sei. Für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive gebe es eine Regelversorgung. Die positive Bewertung des öffentlichen Dienstes als Dienstherr und Arbeitgeber durch den Sozialminister und leitende Mitarbeiter seines Hauses veranlassten den BBW-Vorsitzenden zu dem eindringlichen Appell, dass sich die Bedingungen im öffentlichen Dienst nicht weiter verschlechtern dürften. Schließlich gebe es bereits Schwierigkeiten, qualifizierten Nachwuchs für die Steuerverwaltung, die technische Fachverwaltung und die Schulen, selbst für die allgemeine Verwaltung zu gewinnen. Minister Lucha konterte mit der Feststellung, dass sich die Frage der Personalgewinnung nicht nur im öffentlichen Dienst stelle. Für ihn liegt der Grund dafür unter anderem an



> Trafen sich zum Gedankenaustausch im Sozialministerium: Dr. Schäfer, Leiter Referat Integration und Arbeitswelt, Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen im Ministerium für Soziales und Integration; Christine Engelhardt, Leiterin Referat Haushalt, Controlling; BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin Susanne Hauth; BBW-Vize Joachim Lautensack; Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha; BBW-Chef Volker Stich; BBW-Vize Kai Rosenberger; Ministerialdirigent Schumacher, Leiter der Abteilung 1 Innerer Service, Europa. (von links)

der Attraktivität des einzelnen Berufes. Fakt sei zudem, dass es einen Arbeitskräftemangel gebe, eben nicht nur einen Fachkräftemangel. Dieser Arbeitskräftemangel lässt sich nach Einschätzung des Sozialministers auch nicht durch die Geflüchteten ausgleichen. Zugleich sprach er sich jedoch auch für Flüchtlinge für einen unkomplizierten Zugang zum Arbeitsmarkt mit flexiblen Lösungen aus.

BBW-Chef Stich unterstrich in diesem Zusammenhang, dass es bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst wichtig sei, Bewerber zu finden, die sich mit dem Dienstherrn/Arbeitgeber identifizieren. Zugleich gab er zu beden-

ken, dass die Sparmaßnahmen zulasten öffentlich Beschäftigter, die nach wie vor im Raum stünden, sich alles andere als positiv für die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs auswirkten. Aus Sorge über die Zukunft des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten habe der BBW der Landesregierung bereits mehrfach den Dialog angeboten. Gesprächsangebote seien aber bisher – mit Ausnahme der Terminvereinbarung für einen Jourfixe mit dem Minister im Staatsministerium – nicht beantwortet worden. Der BBW erwarte, dass Ministerpräsident Winfried Kretschmann wie auch sein Stellvertreter, Innenminister Thomas Strobl, ihre Zusagen zum Dialog einlösten.

Minister Lucha versprach, „das Anliegen des BBW-Vorsitzenden mit ins Kabinett zu nehmen“. Wichtig war ihm in diesem Zusammenhang aber auch der Hinweis, dass den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten betreffend keine „rauen Töne“ zu hören seien. Mit dem Hinweis auf die Schuldenbremse schloss er allerdings Spareingriffe nicht aus, sprach jedoch von „ertragbaren Schmerzen“ für alle.

BBW-Vize Kai Rosenberger ließ diese Aussage nicht unbeantwortet stehen: Die Beschäftigten erwarteten dringend ein positives Signal, erklärte er. Zugleich wies er darauf hin, dass die Flüchtlingszahlen stetig sinken, die Steuerschätzungen

aber zunehmend höhere Steuereinnahmen vorhersagten, so dass mehr Geld da sei.

Zu der Unterredung im Sozialministerium waren im Oktober 2016 der Minister für Soziales und Integration, Manfred Lucha, Ministerialdirigent Schumacher (Leiter der Abteilung 1 Innerer Service, Europa), Christine Engelhardt (Leiterin Referat Haushalt, Controlling) und Dr. Schäfer (Leiter Referat Integration und Arbeitswelt, Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen) mit BBW-Chef Volker Stich, seinen Stellvertretern Joachim Lautensack und Kai Rosenberger sowie BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin Susanne Hauth zusammengetroffen. ■

> Unter den Gästen des Abends, die BBW-Chef Volker Stich zu Beginn der Veranstaltung begrüßt hatte, waren neben zahlreichen Medienvertretern auch namhafte Landespolitiker, Spitzenvertreter aus der Verwaltung und die stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Hans-Ulrich Benra und Willi Russ.



Leiter der Abteilung „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ beim Pressefest

Die Flüchtlingskrise – eine Erfolgsgeschichte für den öffentlichen Dienst

Wo andere sich mit Betroffenheit an die Menschenmassen erinnern, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ins Land drängten, spricht er von der Erfolgsgeschichte Flüchtlingskrise, einer Erfolgsgeschichte für den öffentlichen Dienst und all die Ehrenamtlichen, die mit ihrem Engagement und ihrer Bereitschaft anzupacken, die Herausforderungen des Augenblicks auf allen Ebenen bewältigt hätten.



> Pressefest im Haus den Beamtenbunds



> Nur kurz äußerte sich der BBW-Vorsitzende zur Situation des öffentlichen Dienstes. Mit dem Verweis auf das Wahlverhalten der Beamten bei der Landtagswahl erklärte Stich, nicht zuletzt vor diesem Hintergrund setze der BBW jetzt auf Dialog statt Konfrontation mit der Landesregierung.



> Ministerialdirigent Schröder erzählt anschaulich von den Problemen, die es immer wieder bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge gab und die die öffentlich Beschäftigten gemeinsam mit den Ehrenamtlichen auch immer wieder bravourös gemeistert hätten.

„Wir schaffen das“, sagt Hermann Schröder, Ministerialdirigent im Innenministerium und dort Leiter der Abteilung „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“.

Beim Pressefest des BBW – Beamtenbund Tarifunion fesselte er seine Zuhörer mit einem Bericht, der anschaulich vermittelte, was öffentlich Beschäftigte im Verbund mit den vielen Ehrenamtlichen geleistet haben.

Im Plauderton berichtet Schröder von Episoden, beispielsweise von Karlsruhe im Jahr 2014, als es plötzlich hieß, in wenigen Stunden Unterkünfte für 800 Flüchtlinge zu organisieren. „Zu jenem Zeitpunkt eine

Mammutaufgabe“, sagt Schröder. Doch man habe es geschafft, gemeinsam und dank unermüdlichem Einsatz bis in die Morgenstunden. Ein ähnliches Szenario in Heidelberg – und wieder verkündet er: „Wir haben es gemeinsam geschafft.“ Damals war Schröder Leiter des Stabs Flüchtlingsunterbringung und Landesbranddirektor.

Gemeinsam mit seinem Stab hat es Schröder auch geschafft, die Prozesse soweit anzupassen, dass man im Land im Spätsommer 2015 von dem Flüchtlingszustrom nicht überannt wurde. „Wir haben es geschafft.“ Diesen Satz wiederholt Schröder an diesem Abend immer wieder – mal

im Zusammenhang mit einer Episode aus dem Spätjahr 2015, als 2 000 Menschen, die aus Bayern nach Stuttgart kommen, von dort per Bus in verschiedene Unterkünfte gebracht werden sollten und trotz mehrfach widriger Umstände dank dem Erfindungsreichtum der Zuständigen in Baden-Württemberg dennoch, wenn auch erst morgens um fünf Uhr, ihren Bestimmungsort erreichten – oder mit dem Hinweis, dass die Ankunft von täglich mehr als 1 500 Flüchtlingen im Land in dieser Krise den Wendepunkt zum Guten einleitete.

„Handeln war angesagt“, erklärte Schröder. Die Aufnahmeverfahren im Land wie im





Bund mussten optimiert werden. Gemeinsam mit dem interministeriellen Verwaltungsstab habe er schon im Vorfeld dieser Entwicklung die Weichen für ein Krisenmanagement gestellt. So sei zum interministeriellen Verwaltungsstab im August 2015 der Lenkungskreis hinzugekommen. Anfang September 2015 habe dann der große Stab die Tätigkeit aufgenommen.

Inzwischen ist der Flüchtlingszustrom abgeflacht. Heute kommen im Schnitt wöchentlich noch 600 Menschen in Baden-Württemberg an. Doch Schröder ist sicher: „Sollte es notwendig werden, dann schaffen wir auch jederzeit mehr, mit 14 Tagen Vorlauf bis zu 10 000 in der Woche.“ Schließlich sei das Land inzwischen gut aufgestellt. Das Drehkreuz Heidelberg habe sich auf allen Ebenen bewährt, die Erstaufnahmeeinrichtungen funktionierten.

Die Einrichtung der Lenkungsgruppe wertet Schröder rückblickend als Schlüssel zum Erfolg. Noch im Januar 2016 hat Schröder mit rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus unterschiedlichen Bereichen im Stabsmodus gearbeitet. Zu diesem Zeitpunkt wurden im Land noch wöchentlich 7 000 Menschen aufgenommen. In dieser Zeit habe sich gezeigt, dass die Regierungspräsidien eine ganz wichtige Bündelungsfunktion wahrnehmen, sagte Schröder.

Beim Pressefest des BBW bekannte Schröder stolz: „Die Verwaltung ist in der Lage Probleme zu lösen, wenn es notwendig ist.“

Seinen Vortrag beendet hat er mit dem Zitat von Max Frisch: „Die Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“



Karlsruher Landrat Dr. Christoph Schnaudigel bekennt im Gespräch mit BBW-Spitze:

Wir haben bei Führungskräften ein Bezahlungsproblem

Den unaufhaltsamen Flüchtlingszustrom des vergangenen Jahres hat man bewältigt. Trotz aller Herausforderungen sei die Stimmung „so schlecht nicht“ gewesen, sagt Landrat Dr. Christoph Schnaudigel rückblickend. Die Beschäftigten hätten den Ehrgeiz entwickelt, die gewaltige Aufgabe anzupacken und hätten es auch geschafft – mit zusätzlichem Personal.



> Trafen sich zu einem informellen Gespräch im Landratsamt Karlsruhe (von links): Ulrich Max, Leiter des Personal- und Organisationsamts; Landrat Dr. Schnaudigel; BBW-Chef Volker Stich; Susanne Hauth, BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin; BBW-Vize Joachim Lautensack.

Unumwunden räumt er aber ein, dass es schwer war und ist, Ärzte und Ingenieure für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu gewinnen. „Wir haben bei Führungskräften ein Bezahlungsproblem“, bekannte Schnaudigel gegenüber BBW-Chef Volker Stich.

Landrat Dr. Schnaudigel hatte den BBW-Vorsitzenden gemeinsam mit seinem Stellvertreter Joachim Lautensack und BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth am 20. Oktober 2016 im Landratsamt Karlsruhe empfangen, um gemeinsam mit leitenden Beamten des Landratsamts die Auswirkungen des Flüchtlingszustroms auf den öffentlichen Dienst zu erörtern, Erfahrungen mit der Flüchtlingsaufnahme auszuwerten und um daraus strukturelle Erfordernisse und zusätzlichen Personalbedarf abzuleiten.

Inzwischen ist der Flüchtlingszustrom abgeebbt, alles rund um die Aufnahme der Asylsuchenden schon fast zum alltäglichen Geschäft geworden. Zu Beginn des Jahres sei dies noch nicht so gewesen, berichtete der Landrat. Dennoch habe man nie in Zweifel gezogen, die Aufgabe zu meistern, zumal die Unterstützung durch den Kreistag vorhanden war. Dadurch war es auch möglich, im Jahr 2016 350 unbefristete Stellen zusätzlich im Haushalt auszuweisen, die allerdings nicht hätten ausgeschöpft werden müssen.

Unumwunden räumte Dr. Schnaudigel ein, dass sich der Landkreis Karlsruhe bezüglich der Stellenbesetzung in einer privilegierten Lage befinde.

Der Leiter des Personal- und Organisationsamts, Ulrich Max, ergänzte, effektiv seien

120 zusätzliche Stellen in 2016 besetzt worden. Personal vor Ort befriede die Lage, stellte er fest und erläuterte den Stellenschlüssel: Auf 100 Asylbewerber entfallen demnach 3,5 Stellen (ein Hausmeister, eine Heimleitung, ein Sozialarbeiter, eine halbe Stelle Leistungsgewährung). Bei der Rekrutierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe sich ausgezahlt, dass das Landratsamt Karlsruhe in den vergangenen Jahren einiges unternommen habe, um als Arbeitgeber für Beschäftigte attraktiv zu sein, sagte Max. So habe man beispielsweise ein Gesundheitsmanagement installiert, habe interessante Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine Ausbildungsinitiative gestartet.

Problematisch sei die Personalgewinnung allerdings im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst, da die Zulassungszahlen für die Verwaltungshochschulen in Ludwigsburg und Kehl nicht ausgedehnt worden seien, sagte Max. Für diesen Bereich hätten für die Flüchtlingsaufnahme auch andere Ämter des Landratsamts Personal zur Verfügung gestellt.

Beim Personal sieht Landrat Dr. Schnaudigel noch andere Engpässe. Die Personalgewinnung sei generell bei Ärzten und Ingenieuren sehr problematisch, sagte er. Aus seiner Sicht sei das eigentliche Problem die unangemessene Be-

zahlung von Führungskräften. Auch schaffe das Auseinanderdriften der Entwicklung im Tarifbereich und im Beamtenbereich Unfrieden im Haus. Dr. Schnaudigel: „Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden wir irgendwann unsere Aufgaben nicht mehr erfüllen können.“ Angesichts des leer gefegten Arbeitsmarkts und auch der Arbeitsverdichtung fordert er Regelungen, die es möglich machen, deutlich höhere Gehälter zu bezahlen. Zudem sei es unerlässlich, dass die Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich endlich gestrichen werde.

Auf die strukturellen Erfordernisse im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme eingehend, erläuterte Landrat Dr. Schnaudigel, organisatorisch sei beim Landratsamt ein Amt für Asyl und Integration eingerichtet worden. Fragen, die das Ausländerrecht betreffen, würden im Ausländeramt bearbeitet. Derzeit werde überlegt, wie durch zurückgehende Flüchtlingszahlen frei werdende Personalkapazitäten durch Städte und Gemeinden in der Anschlussunterbringung genutzt werden könnten.

Außerhalb der Flüchtlingsproblematik bereitet Landrat Dr. Schnaudigel der Forstbereich Sorge: Wenn beim Landratsamt aufgrund einer möglichen Entscheidung im Kartellverfahren Aufgaben wegfielen, stelle sich die Frage, was mit dem Personal passiert. ■

Gleitender Übergang in den Ruhestand weiter möglich

Altersteilzeit für Schwerbehinderte verlängert

Der Tarifvertrag (TV ATZ BW), der Schwerbehinderten im Landesdienst die Möglichkeit für Altersteilzeit sichert, wurde bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.

Seit Oktober 2012 gilt in Baden-Württemberg der TV ATZ BW. Der Tarifvertrag ermöglicht es schwerbehinderten Beschäftigten, ab einem Lebensalter von 55 Jahren ihre Arbeitszeit auf 50 Prozent zu reduzieren und dabei weiterhin ein Entgelt in Höhe von 83 Prozent ihres bisherigen Nettoentgelts zu erhalten. Weil diese Regelung ursprünglich bis Ende 2016 begrenzt war, wurden BBW und dbb aktiv.

Der dbb hat bereits Anfang des Jahres den Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes des Landes Baden-Württemberg (AVdöD Land BW) aufgefordert, die Laufzeit des TV ATZ BW zu verlängern. Am 19. Oktober 2016 hat sich der Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik,



> Veit Mössler, Vorsitzender des Vorstandes des AVdöD Land BW (3. von links), Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb (2. von rechts), Dorothea Faisst-Steigleder, stellvertretende BBW-Vorsitzende und Vorsitzende der Landestarifkommission (3. von rechts) und BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin Susanne Hauth (rechts).

Willi Russ, mit dem Vorsitzenden des Vorstandes des AVdöD Land BW, Veit Mössler, auf eine

Verlängerung der Laufzeit des TV ATZ BW geeinigt. Das Altersteilzeitarbeitsverhältnis

muss nun vor dem 1. Januar 2021 beginnen. Die Regelung steht bis zum 21. November 2016 unter Erklärungsreserve und soll zum 1. Dezember 2016 in Kraft treten.

Im Zuge der Einigung haben sich beide Seiten darauf verständigt, dass ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis für Tarifbeschäftigte nur dann vereinbart werden kann, wenn die entsprechenden Regelungen für vergleichbare Beamte gelten, sodass eine Gleichbehandlung beider Statusgruppen gegeben ist.

„Der TV ATZ BW hat sich bewährt. Viele Kolleginnen und Kollegen haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis zu vereinbaren“, sagte Verhandlungsführer Russ nach der Verhandlungsrunde in Stuttgart.

Meinungsaustausch zwischen DHV Baden-Württemberg und BBW fortgesetzt

Dialog soll weiterentwickelt werden

BBW-Landeschef Volker Stich und der Landesvorsitzende des Deutschen Hochschulverbandes (DHV), Prof. Dr. Rainer Gadow, sind am 25. Oktober 2016 zu einem Gedankenaustausch im Haus des Beamtenbundes in Stuttgart zusammengetroffen. Gegenstand der Unterredung war die Situation an den Hochschulen im Land. Beide Seiten wollen den Dialog weiterentwickeln. Zentrales Problem sei die Nachwuchsgewinnung, sagte Prof. Gadow. Zugleich beklagte er die schlech-

te Beförderungssituation bei den wissenschaftlichen Beamtinnen und Beamten im akademischen Mittelbau. Positiv äußerte sich Gadow über Wissenschaftsministerin Bauer. Sie genieße im Wesentlichen einen guten Ruf. Schließlich habe sie dafür gesorgt, dass die Hochschulen einen Teil der Stellen zurückbekommen haben, die in den vergangenen Jahren gestrichen wurden. Außerdem habe sie nach dem Wegfall der Studiengebühren den Hochschulen Mittel direkt

zugewiesen. Dissens bestehe jedoch hinsichtlich der Führungsstrukturen in den Universitäten – aus Sicht des DHV sei zu beklagen, dass hier keine hinreichende ministerielle Dienstaufsicht mehr bestehe – sowie im Hinblick auf die Demokratisierung der Universitäten. Vereinbart haben die Gesprächspartner, dass man gemeinsam ein Gespräch mit der Wissenschaftsministerin führen wolle, bei dem die Nachwuchsproblematik eine zentrale Rolle spielen soll.



> Trafen sich zu einem Gedankenaustausch im Haus des Beamtenbundes (von rechts): DHV-Landesvorsitzender Prof. Dr. Rainer Gadow; Rechtsanwältin Birgit Ufermann, DHV-Landesgeschäftsführerin; Susanne Hauth, BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin; BBW-Chef Volker Stich.

Endlich ist es so weit:

Alle fünf Jahre turnusmäßige Versorgungs- auskunft

Das Land Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland seinen Beamtinnen und Beamten alle fünf Jahre – erstmals zum Stichtag 1. Januar 2017 – eine turnusmäßige Versorgungsauskunft erteilen.

Der Start war aufgrund von Schwierigkeiten bei der Datenerhebung durch die personalverwaltenden Stellen um ein Jahr verschoben worden. Voraussetzung für die Versorgungsauskunft ist, dass ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit besteht, die Wartezeit für einen Versorgungsanspruch erfüllt ist und der Mitwirkungspflicht nachgekommen wurde.

Die Versorgungsauskunft enthält unter anderem folgende Angaben:

1. Höhe des zu erwartenden Ruhegehalts bei Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze unter Benennung des Ruhegehaltssatzes (bei Beamten mit laufender Bezügezahlung oder bei einer Beurlaubung unter Anerkennung eines öffentlichen Interesses)
2. Darstellung der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge
3. Höhe der Versorgung bei einer angenommenen Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit zum 1. Januar 2017
4. Bei durchgeführtem Versorgungsausgleich die Höhe des Kürzungsbetrags
5. Auflistung des beruflichen Werdegangs und der gespeicherten ruhegehaltfähigen Dienstzeiten

6. Vordruck Korrekturantrag/ Rückfragen

Der erstmalige Versand der turnusmäßigen Versorgungsauskunft nach § 77 LBeamt VGBW wird laut LBV ab 18. Januar 2017 erfolgen. Parallel zum Postversand erfolgt die Einstellung der Auskunft auch in das Kundenportal des LBV. Laut LBV sind die Beamtinnen und Beamten verpflichtet, die Daten des in die Versorgungsauskunft aufgenommenen beruflichen Werdegangs auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen und etwaige Unrichtigkeiten oder Lücken im Werdegang dem LBV zu melden.

Für diese Rückmeldungen und für Fragen in Zusammenhang mit der Versorgungsauskunft sollte laut LBV unbedingt der bereits mit den persönlichen Angaben vorausgefüllte Korrekturantrag verwendet werden.

Da es sich bei der turnusmäßigen Versorgungsauskunft um ein völlig neues Projekt handelt, rechnet das LBV mit einer Vielzahl von Rückfragen und Korrekturwünschen. Um diese schnellstmöglich abarbeiten zu können, bittet das LBV, nach Möglichkeit von telefonischen Rückfragen abzusehen. ■



> Die Delegierten der Landesseniorentagung wählen am 18. Oktober 2016 einen neuen Vorsitzenden.

Landesseniorentagung wählt neuen Vorsitzenden

Wechsel an der Spitze

Die Landesseniorenvertretung des BBW hat einen neuen Vorsitzenden. Die Delegierten der Landesseniorentagung wählten am 18. Oktober 2016 in Stuttgart Prof. Rudolf Forcher an die Spitze der Vertretung. Forcher löst Hans Reibold ab, der seit Gründung der Landesseniorenvertretung im November 2013 Vorsitzender des Gremiums war.

12

Der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg



> Das Vorstandsgremium (von links): Vorsitzender Prof. Rudolf Forcher und seine Stellvertreter Dorothea Faisst-Steigleder, Gerd Huber, Rosemarie Hanesch und Siegfried Zeiher

Reibold war aus persönlichen Gründen von seinem Amt zurückgetreten und hatte damit auch einen Platz im Vorstand frei gemacht. Daraufhin wählten die Delegierten Siegfried Zeiher (GdS) in den Vorstand, dem neben dem neuen Vorsitzenden Prof. Rudolf Forcher (VdV) noch Dorothea Faisst-Steigleder (DSTG/Sen-oeD-BW), Rosemarie Hanesch (Sen-oeD-BW) und Gerd Huber (DSTG) angehören.

Hans Reibold verabschiedete sich mit einem straffen Tätigkeitsbericht aus seinem Amt und wünschte seinem Nachfolger für die verbleibende Zeit der Legislatur eine glückliche Hand.

BBW-Chef Volker Stich hatte zur politischen Lage im Land kritisch Position bezogen. Er verwies auf die grün-schwarzen Sparüberlegungen, die nach wie vor im Raum stünden. Wachsamkeit sei also an-

gesagt. Zugleich betonte Stich aber auch, dass der BBW gegenwärtig darauf setze, eventuelle Sparingriffe im Dialog mit der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen zumindest abzumildern. Schließlich hätten sowohl Ministerpräsident Winfried Kretschmann wie auch Innenminister Thomas Strobl dem BBW Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Die Delegierten der Landesseniorentagung signalisierten mit ihrem Beifall Zustimmung für den vom BBW eingeschlagenen Weg.

Dem Gremium gehören neben dem Vorstand der Landesseniorenvertretung die Vorsitzenden der Seniorenvertretungen der Mitgliedsverbände des BBW an.



> Hans Reibold, der scheidende Vorsitzende mit seinem Nachfolger Prof. Rudolf Forcher (rechts)

Empfang für den ehemaligen BBW-Vize Dr. Rainer Ullrich

Würdigung zum 80. Geburtstag

Dr. Rainer Ullrich, viele Jahre lang stellvertretender BBW-Vorsitzender, hat am 2. August 2016 seinen 80. Geburtstag gefeiert. Grund genug für den BBW, sein Ehrenmitglied am 6. Oktober mit einem Empfang im Haus des Beamtenbundes zu feiern.

Das Wirken Ullrichs würdigte Oberfinanzpräsident a. D. Dieter Riempp, ehemals Leiter der inzwischen aufgelösten Oberfinanzdirektion Stuttgart. Das kam nicht von ungefähr. Die beiden hatten nämlich immer wieder dienstlich miteinander zu tun, denn Dr. Ullrich gehörte, zuletzt als Amtsvorsteher des Finanzamts Reutlingen, in den Zuständigkeitsbereich der damaligen Oberfinanzdirektion Stuttgart. Wer Dr. Ullrich

kennt, weiß, dass für ihn Tugenden wie Verlässlichkeit, Ausdauer und stets korrektes Handeln eine Selbstverständlichkeit sind. Und gerade diese Eigenschaften unterstrich Riempp voller Anerkennung in seiner Laudatio.

BBW-Chef Stich zeichnete stichwortartig den Lebenslauf des Jubilars nach. Er ging auf den beruflichen Werdegang genauso ein wie auf das Wirken von Dr. Ullrich als langjähriger Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG). Große Verdienste habe sich Dr. Ullrich aber auch zwischen 1984 und 2003 als stellvertretender BBW-Vorsitzender erworben, sagte Stich. In diesen Jahren

habe er die Gesetzgebung des Landes rechtlich wie auch gewerkschaftspolitisch kritisch begleitet. ■



Landesvertretertag des Seniorenverbandes ö. D. BW in Karlsruhe

Stabwechsel von Berberich zu Futter vollzogen

Der Landesvertretertag des Seniorenverbandes ö. D. BW hat am 12. Oktober 2016 in Karlsruhe Waldemar Futter zum neuen Landesvorsitzenden der Organisation gewählt. Gleichzeitig wurde sein Vorgänger Dieter Berberich zum Landesehrenvorsitzenden des Verbandes ernannt. Der neue Vorsitzende würdigte die Verdienste Berberichs, der für eine weitere Legislaturperiode an der Spitze des Landesverbandes nicht mehr zur Verfügung stand.

Dass sich Futters als Vize in den zurückliegenden Jahren das Vertrauen der Basis erworben hat, zeigt sein Wahlergebnis: Von 91 abgegebenen Stimmen erhielt er 89 bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme. Ein noch besseres Ergebnis erzielte Heinz

Fliege, der „als Finanzminister des Seniorenverbandes“ mit 90 Stimmen – bei einer Enthaltung – zum stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt wurde. Als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt wurde auch Ernst Steinbach (88 Stimmen). Neu im Geschäftsführenden Landesvorstand sind die stellvertretenden Vorsitzenden Margarete Schaefer (88 Stimmen) und Joachim Lautensack (87 Stimmen). Als Beisitzer in den Vorstand des Seniorenverbandes gewählt wurden: Dorothea Faisst-Steigleder (mit 69 Stimmen wiedergewählt); Rosemarie Hanesch (mit 76 Stimmen wiedergewählt); Dieter Hoffmann (mit 79 Stimmen wiedergewählt); Lothar Reimann (mit 82 Stimmen wiedergewählt); Birgit Renz (mit 69 Stimmen neu in

das Gremium gewählt); Wolfgang Speck (mit 79 Stimmen wiedergewählt); Karl-Heinz Wurster (mit 79 Stimmen wiedergewählt); Heinz-Rüdi-

ger Wüstemann (als Schwerbehindertenvertreter mit 79 Stimmen neu in das Gremium gewählt). ■

Arbeitstagung der Regierungsverbände Karlsruhe und Freiburg

Die Regierungsbezirksverbände Karlsruhe und Freiburg im BBW – Beamtenbund Tarifunion führen am Dienstag, 29. November 2016, 10 Uhr, in 77654 Offenburg, Weingut Renner, Senator-Burda-Str. 41 a, ihre diesjährige gemeinsame Arbeitstagung durch.

Wichtigste Punkte der Tagesordnung sind die Nachwahl des Vorsitzenden beim RBV Freiburg, die Behandlung der Anträge und der Vortrag von BBW-Chef Volker Stich. Er wird zur aktuellen landespolitischen Lage Stellung beziehen. Anträge zur Tagesordnung können noch bis 21. November 2016 bei den jeweiligen Vorsitzenden der Regionalverbände eingereicht werden. ■

Seminarangebote im Jahr 2017

In Zusammenarbeit mit der dbb-akademie führt der BBW – Beamtenbund Tariftunio im Jahr 2017 folgende verbandsbezogene Bildungsveranstaltungen durch:

● Erbrecht und Patientenverfügung

B011 GB vom 15. bis 17. Januar 2017 in Königswinter.

Aufgrund aktueller Änderungen in der Rechtsprechung haben wir dieses Seminar wieder aufgenommen. Es soll aufzeigen, worauf beim Erstellen von Betreuung- oder Patientenverfügungen besonders zu achten ist. Darüber hinaus wird ein Einblick in das Erbrecht gewährt.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● Kommunikationsmanagement – bei Gesprächen überzeugend argumentieren

B017 GB vom 22. bis 24. Januar 2017 in Königswinter.

In der Meinungsbildung setzt sich nur durch, wer mit kommunikativen Fähigkeiten seine Argumente unterstützen kann. Dazu gehören die Informationsbeschaffung genauso wie überzeugendes Darstellen und Auftreten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars üben das freie Reden, die themenzentrierte Interaktion und erproben Methoden zur erfolgreichen Gesprächsleitung. Die Integration unterschiedlicher Ansichten in der Meinungsbildung wird dabei ebenso reflektiert wie die gegenseitige Wahrnehmung im Dialog.

Teilnehmerplätze 15
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● Frauenpolitik

B020 GB vom 24. bis 26. Januar 2017 in Königswinter.

Dieses Seminar richtet sich an die Frauenvertreterinnen der Fachorganisationen im BBW. Im Mittelpunkt steht, neben aktuel-

len Informationen zum Thema, die Optimierung der ehrenamtlichen Arbeit für die Kolleginnen im öffentlichen Dienst.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● EDV-Seminar

Was ist neu oder anders bei MS Windows 10/Auffrischung der Kenntnisse in MS Word und Excel

Seminar B057 GB vom 8. bis 10. März 2017 in Königswinter.

Das Seminar wendet sich an Senioren oder Personen, die bald in den Ruhestand treten, die von Windows 7 oder 8 auf Windows 10 umgestiegen sind oder einen neuen Computer mit dem Betriebssystem Windows 10 erworben haben. Sie erfahren, was bei Windows 10 neu oder anders ist und erhalten Antworten auf ihre Fragen zu diesem Thema. Auffrischung der Kenntnisse in den MS-Programmen Word und Excel-Word: Erstellen von Dokumenten, Vorlagen, Glückwunschkarten bis hin zu Serienbriefen, einschließlich Einfügen von Tabellen, Bildern usw. Excel: Erstellen von Tabellen, deren Inhalte einfach aktualisiert werden können. Wir befassen uns hier u. a. mit den Grundrechenarten sowie der Seitenformatierung und der Verwendung der Tabellen in anderen Programmen. Jedem Teilnehmer steht ein PC-Arbeitsplatz zur Verfügung, der Internetzugang hat.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● Kommunikationsmanagement – mein Umgang mit Konflikten *

Seminar B105 GB vom 7. bis 9. Mai 2017 in Königswinter.

Konflikte am Arbeitsplatz entstehen häufiger, als den Betroffenen lieb ist. Dies kann im Kollegen-

kreis, im Verhältnis von Vorgesetzten zu Mitarbeitern, aber auch mit „Kunden“ vorkommen. Nicht selten belasten solche Situationen die Betroffenen und behindern die Arbeit. Soweit muss es nicht kommen. Konflikte im menschlichen Zusammenleben bieten oft die Grundlage zur konstruktiven Entwicklung. In jedem Konflikt liegt die Chance zur Bereinigung unterschiedlicher Ansichten und der Neuausrichtung auf gemeinsame Ziele. Damit Streitsituationen nicht in Zerwürfnissen enden, braucht es Lösungen, die von den Konfliktparteien gleichermaßen als zufriedenstellend betrachtet werden. Die Mediation bietet die Basis für eine Verbesserung der Konfliktkultur. Der Handlungsansatz ist Lösungsorientierung mittels der neutralen Vermittlung der unterschiedlichen Interessen, Grundlagen und Wahrnehmungen. Ziel ist die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen, die nachhaltig in den Arbeitsalltag integriert werden. Die Seminarteilnehmer lernen die Grundlagen der Mediation und weitere Deeskalationsmethoden kennen. Sie reflektieren ihr eigenes Konfliktverhalten und erlangen mehr Klarheit und Sicherheit in der Bewältigung ihrer Konfliktsituationen. Sie reflektieren ihre Rolle als Führungskraft oder als Konfliktmoderator und erweitern ihren Handlungsspielraum in der Konfliktbewältigung.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● Dienstrecht *

B139 GB vom 18. bis 21. Juni 2017 in Königswinter.

Im Mittelpunkt dieses Seminars steht das Dienstrecht in Baden-Württemberg mit Beamten-(status)recht, Besoldungsrecht und Beamtenversorgungsrecht. Ein weiteres Thema ist das Beihilferecht in Baden-Württemberg.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 198 Euro

● Gesundheitsmanagement

B154 GB vom 7. bis 9. Juli 2017 in Königswinter.

Wie entsteht Stress? Was kann ich dagegen tun, im Beruf und im Alltag? In diesem Seminar können die Teilnehmer ihr „persönliches Gesundheitsmanagement“ erlernen. Als zentrale Punkte stehen dabei die Fragen Umgang mit und Bewältigung von Stress, richtige Ernährung, Bewegung und Sport im Mittelpunkt. Zudem üben Sie, sich zu entspannen, erfahren hautnah die Bedeutung von Sport und Bewegung und lernen, warum Ernährung und Wohlbefinden viel miteinander zu tun haben.

Wochenendseminar

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● Personalmanagement

B156 GB vom 7. bis 9. Juli 2017 in Königswinter.

Zukunft öffentlicher Dienst – Veränderte Personal- und Organisationsentwicklungsanforderungen u. a. mit Fragestellungen im Zusammenhang mit Arbeits-Tarif- und Beamtenrecht, die neue Entgeltordnung und daraus resultierende Fragestellungen (u. a. Stellenbewertung und Eingruppierung).

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● Zeitmanagement – Meine Zeit gehört ... wem?

B200 GB vom 17. bis 19. September 2017 in Königswinter.

Aufbauend auf die persönlichen Erfahrungen und Wünsche der

Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewinnen Sie Einblicke in die Stärken und Verbesserungsmöglichkeiten Ihrer bisherigen Zeitmanagement-Strategien. Mit den im Seminar angebotenen Instrumenten lassen sich Lösungen für kritische Situationen finden. Dabei wird das professionelle Verhalten im Kollegium thematisiert und der Umgang mit den Aufgaben und Ansprüchen trainiert. Auf der Grundlage der erlernten Methoden erarbeiten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Zeitmanagement, das ihre Selbstwirksamkeit in der Zeitorganisation erhöht und damit Zufriedenheit in der Arbeit sowie in der Balance von Beruf und Familie verbessern hilft.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● **Gesundheitsmanagement:**
Gesund und fit bei der
Büroarbeit

B133 GB vom 29. September bis 1. Oktober 2017 in Königswinter.

In diesem Seminar wird speziell auf das „persönliche Gesundheitsmanagement“ bei der täglichen Büroarbeit eingegangen. Es geht dabei um Stress und um wirksame Methoden diesen zu vermeiden bzw. zu bewältigen. Weiterhin wird auf die schützende und stressreduzierende Wirkung von Entspannung, Sport und Bewegung eingegangen und

in der praktischen Anwendung geübt. Weitere Übungen und Tipps für den Hals-, Schulter- und Rückenbereich runden dieses Seminar ab.

Wochenendseminar

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● **Persönlichkeitsmanagement:**
Lotusblüteneffekt – mit
Achtsamkeit gelassen und
handlungsfähig bleiben

B233 GB vom 15. bis 17. Oktober 2017 in Königswinter.

Achtsamkeit ist der Megatrend für die nahe Zukunft. Mit Achtsamkeit kann ein Lotusblüteneffekt erzielt werden. Die Lotusblüte lässt Stoffe durch, die sie stärken und ihr guttun. Schädliches perlt an ihr ab. Bei diesem Seminar können die Teilnehmer erfahren, wie sie mit Achtsamkeit und Reflexion diesen Effekt erzielen können. So können sie herausfordernde Arbeitssituationen gelassener angehen, Anforderungen klarer einteilen und mehr Energie für Wesentliches freisetzen. Es wird vermittelt, Stärkendes und Schädliches klarer zu unterscheiden sowie den inneren Antreiber kennenzulernen und diesen klarer einzusetzen. Außerdem werden Techniken trainiert, die die Selbstwirksamkeit steigern, um

auch in schwierigen Situationen gelassen zu reagieren und die Handlungsfähigkeit zu sichern.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● **Tarifpolitik**

B231 GB vom 22. bis 24. Oktober 2017 in Königswinter.

Dieses Seminar richtet sich vor allem an Kolleginnen und Kollegen, die sich für Arbeitnehmerfragen (Tarifrecht) interessieren.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● **EDV-Schulung – Film- und**
videobearbeitung

B243 GB vom 5. bis 7. November 2017 in Königswinter.

Dieses Seminar richtet sich an Interessierte, die aus ihren privaten Videoaufnahmen „vorzeigbare“ Filme erstellen möchten. Neben den vielen Möglichkeiten der Vertonung, soll insbesondere der professionelle Schnitt auch mit den vielfältigen Möglichkeiten von Überblendtechniken erlernt werden.

15 Teilnehmerplätze
Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

***Die Seminare Kommunikationsmanagement – mein Umgang mit Konflikten B105 GB vom 7. bis 9. Mai 2017 und Dienstrecht B139 GB vom 18. bis 21. Juni 2017 in Königswinter erfüllen zwar die Voraussetzungen zur Freistellung nach dem Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg (BzG BW) als berufliche oder ehrenamtliche Weiterbildung, allerdings gibt es eine Einschränkung: Der aufgeführte erste Seminartag ist lediglich der Anreisetag, an dem (möglichst bis 18 Uhr) die Anreise**

nach Königswinter erfolgt. Der eigentliche Seminarbeginn ist am darauffolgenden Tag um 9 Uhr. Dieser Tag ist somit auch der erste Freistellungstag nach dem BzG BW.

Über unser Seminarangebot hinaus bieten wir auch die Möglichkeit, über „Voucher“ Seminare der dbb akademie zu buchen. Mit diesen Gutscheinen besteht die Möglichkeit, vergünstigt an Seminaren des offenen Programms der dbb akademie teilzunehmen. Interessenten informieren sich auf der Homepage der dbb akademie (www.dbbakademie.de) bei den Seminaren im „offenen Programm“ (Kennbuchstabe „Q“ vor der Seminarnummer) und fragen dann beim BBW nach, ob für diese Veranstaltung Voucher zur Verfügung stehen. Unabhängig von dem im Seminarprogramm veröffentlichten Teilnehmerbeitrag verringert sich dieser durch die Inanspruchnahme des Vouchers auf 132 Euro.

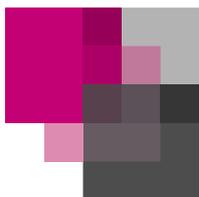
Mit diesem neuen Angebot wollen wir unseren Mitgliedern die Möglichkeit einräumen, zu vergünstigten Teilnehmergebühren, von dem vielseitigen Seminarangebot der dbb akademie Gebrauch zu machen.

Alle Seminare sind auch für Nichtmitglieder offen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Nichtmitgliedern das Doppelte des ausgewiesenen Betrages.

Anmeldungen können nur über die Landesgeschäftsstellen der Mitgliedsverbände des BBW entgegengenommen werden. Diese halten Anmeldeformulare bereit. Eine unmittelbare Anmeldung bei der dbb Akademie ist nicht möglich. Anmeldeformulare sowie unser Seminarprogramm finden Sie auch im Internet unter www.bbwb.dbb.de.

Darüber hinaus verweisen wir auf die weiteren von der dbb Akademie angebotenen Seminare, die Sie im Internet unter www.dbbakademie.de finden





BBW Beamtenbund Tarifunion

Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst

Niemand kommt im
heutigen Berufsleben

ohne

Gewerkschaftsvertretung aus.
Allein auf sich gestellt
haben Sie

wenig Chancen,

Ihre Interessen durchzusetzen
und Ihre Rechte wahrzunehmen.

130.000

Mitglieder

solidarisch
kompetent
erfolgreich



auch ich möchte
Mitglied werden!

BBW – Beamtenbund Tarifunion
Postfach 10 06 13
70005 Stuttgart

Absender

Berufs-/Dienstbezeichnung

Ich bin beschäftigt bei

BBW – Beamtenbund Tarifunion
Am Hohengeren 12
70188 Stuttgart

Telefon 07 11/1 68 76-0
Telefax 07 11/1 68 76-76
E-Mail bbw@bbw.dbb.de
<http://www.bbw.dbb.de>